

Soziale Arbeit und die Fallgruben der Identitätspolitik

Ungleichheit und Benachteiligung verschwinden mit der Anerkennung unterschiedlicher Lebensweisen keineswegs

GÜNTER RIEGER

Prof. Dr. Günter Rieger ist Professor an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart (DHBW Stuttgart), Fakultät Sozialwesen und Studiengangleiter Soziale Dienste in der Justiz. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialarbeitspolitik und Theorien sozialer Gerechtigkeit. www.dhbw-stuttgart.de

Die Förderung von benachteiligten Menschen gehört zu den Aufgaben Sozialer Arbeit. Nicht vergessen werden dürfen dabei aber Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, will man nicht ungewollt Rechtspopulisten in die Hände spielen.

Identitätspolitiken (z. B. der Frauen-, Bürgerrechts- oder Schwulenbewegung) sind als Reaktion auf die Benachteiligung, Missachtung, Erniedrigung oder Unterdrückung von marginalisierten Gruppen durch die Mehrheitsgesellschaft zu verstehen. Identifiziert über rassische oder ethnische Zugehörigkeit, Geschlechtszugehörigkeit, Religion, kulturelle Praktiken, sexuelle Orientierung oder körperliche Merkmale werden sozialen Gruppen negative Eigenschaften zugeschrieben.

Solche Zuschreibungen formen ein inferiores, die gesellschaftliche Wahrnehmung – der Gruppe insgesamt wie ihrer Angehörigen – prägendes Gesamtbild, welches unweigerlich auch die Eigenwahrnehmung der Gruppe beeinflusst und erhebliche Konsequenzen für die personale Identität der Gruppenangehörigen hat.

Identitätspolitik bezeichnet dann politische Handlungen, die nach innen – auf die eigene Gruppe bezogen – darauf gerichtet sind, ein positives Selbstverständnis und Selbstbewusstsein zu erlangen. Identitätspolitik entwickelt hier Maßnahmen zur »Bewältigung beschädigter Identität« (Goffman 2010).

Nach außen – gegen die Ausgrenzungs- und Ausschlussmechanismen der Mehrheitsgesellschaft gerichtet – fordert Identitätspolitik die gleichberechtigte Anerkennung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. Dazu gehört die rechtliche Gleichstellung im Sinne liberaler, politischer und sozialer Bürgerrechte (Gleichstellungsgesetzgebung, Antidiskriminierungsgesetzgebung usw.) ebenso wie die Anerkennung der achtenswerten Differenz

der Gruppe mit der Forderung nach notwendigen ausgleichenden, beschützenden oder fördernden Sonderrechten (positive Diskriminierung (affirmative action), Quotenregelungen, kulturelle und religiöse Sonderrechte, Sprachenförderung usw.).

Der gar nicht so diskrete Charme der Identitätspolitik für die Soziale Arbeit

Nähe und Anziehungskraft dieser liberalen und linken Identitätspolitik auf Soziale Arbeit sind offensichtlich: Auch zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit gehört es, marginalisierten Gruppen zu ihrem Recht zu verhelfen. Zweifellos ist sie beauftragt, Diskriminierung und Stigmatisierung entgegenzuwirken, Integrationschancen zu erhöhen und Exklusionsrisiken zu reduzieren. Soziale Arbeit kann sich als Verbündete der Identitätspolitik alter wie neuer sozialer Bewegungen begreifen.

Analog zu den Zielsetzungen der Identitätspolitik ist auch ihr Anliegen ein doppeltes. Sie arbeitet einerseits daran, Benachteiligungen zu überwinden oder im Rahmen sozialstaatlicher Leistungen zu kompensieren und zielt gleichzeitig auf die Anerkennung vielfältiger Formen der Identität und Zugehörigkeit (Mecheril/Plöcker 2015: S. 322).

Rassismus-kritische Soziale Arbeit, Gender-Mainstreaming, interkulturelle Pädagogik, Mädchenarbeit sind beliebige gewählte Stichworte, welche die Ausrichtung Sozialer Arbeit auf die Anerkennung unterschiedlicher Lebenswelten und entsprechender Identitäten signali-

sieren. Seit den 1990er Jahren werden entsprechende Ansätze zunehmend unter der Überschrift Diversity diskutiert. Diversity »als regulatives Prinzip Sozialer Arbeit« (ebd. S. 328) zielt auf den angemessenen Umgang mit den in einer pluralen Gesellschaft vielfältig gegebenen Identitäten und Differenzen.

An dieser Stelle ist aber der Hinweis unverzichtbar, dass Soziale Arbeit als »Normalisierungsarbeit« (Claus Offe) zwar schon immer differenzsensibel ist, weil ihre Interventionen grundsätzlich auf der Feststellung von Differenzen (normalabweichend, gesund-krank, Migrationshintergrund-kein Migrationshintergrund usw.) und dem daraus abgeleiteten Unterstützungsbedarf beruhen. Diese für die Thematisierung von Benachteiligung und Diskriminierung unverzichtbaren Differenzfeststellungen führen aber gleichzeitig dazu, dass Soziale Arbeit immer auch zur Reproduktion ausgrenzender Unterscheidungen beiträgt.

Es geht also bei Diversity einerseits um Anti-Diskriminierungsarbeit. Es gilt »Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen« (§ 1 Allgemeines Gleichstellungsgesetz AGG). Darüber hinausgehend meint Diversity aber auch Anerkennungsarbeit zugunsten unterschiedlichster Identitätsentwürfe und Zugehörigkeiten. Hier geht es nicht mehr allein um faire Zugangschancen und den Ausgleich von Benachteiligungen, sondern um die Würdigung und Stärkung (Empowerment) spezifischer Lebensweisen.

Die dunkle Seite der Identitätspolitik

In Aufstieg und Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien (AfD, Front National, Partij voor de Vrijheid usw.) offenbart sich nun aber die problematische Kehrseite identitätspolitischer Strategien. Bereits zur Jahrtausendwende verweist eine Analyse rechtspopulistischer Programmatik auf deren »identitätspolitische Wende« (Betz 2002: S. 252).

Die genannten Parteien verfolgen eine »rechtspopulistische Identitätspolitik« (ebd. S. 262), indem sie die Gefährdung der eigenen, nationalen Identität behaupten und den Schutz und die Bevorzugung des eigenen Volks (America first, eigen-

volk eerst, les français d'abord, Österreich zuerst) gegenüber allem Fremden fordern. Selbst identitätspolitisch argumentierend, diffamieren sie erfolgreich die auf den Schutz und die Gleichberechtigung von Minderheiten zielende (liberale bis linke) Identitätspolitik als identitätsgefährdend, zersetzend, die schweigende Mehrheit unterdrückend. Die der Identitätspolitik innewohnende Differenzaffinität und Abgrenzungsproblematik wendet sich gegen diese selbst.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Mark Lilla (2016) beispielsweise erklärt Trumps Wahlerfolg damit, dass dieser die Stimmen der abgehängten weißen Arbeiterschaft gewinnen konnte, weil Clinton sich einseitig zur Sprecherin der Identitätspolitik (anderer) marginalisierter Gruppen wie Frauen, Schwarze, Latinos, oder LGBT-Communities gemacht hätte. Schuld an Clintons Niederlage wäre mithin die Diversitäts-

Jede für Minderheitenschutz, offene Grenzen oder Multikulturalismus ein tretende Politik, wird dann als Angriff abgehobener, globalisierter Eliten auf die Identität der Mehrheitsgesellschaft denunziert. Politische Korrektheit (political correctness) wird umgedeutet zum Versuch, der schweigenden Mehrheit die Artikulation und Anerkennung ihrer Interessen und Werte zu verweigern.

Der Rechtspopulismus und seine Protagonisten von Wilders über Le Pen bis Trump sind mithin erfolgreich, weil es ihnen anscheinend gelingt, Anerkennungsforderungen zu mobilisieren die, »innerhalb des von den dominanten Eliten geschaffenen und von ihnen verteidigten gesellschaftlich-kulturellen Konsenses« (ebd. S. 260) weder artikuliert noch eingelöst werden können.

Rechtspopulistische Parteien nutzen dabei auch die verteilungspolitische Blindheit liberaler bis linker Identitätspolitik. Schon

»Die der Identitätspolitik innewohnende Abgrenzungsproblematik wendet sich gegen diese selbst«

verliebtheit der Linken (Schmidt 2016) und ihre elitäre Arroganz gegenüber den von ihr als Haufen von Erbärmlichen (»Basket of Deplorables«) bezeichneten Modernisierungsverlierern.

Offensichtlich gelingt es rechtspopulistischer Identitätspolitik die Argumentations- und Legitimationsstrategien linker Identitätspolitik zu nutzen, sie aber gegen deren Ideal einer pluralen multikulturellen Gesellschaft zu wenden und damit eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie (Cleavage) zwischen Homogenisten und Pluralisten zu besetzen.

Rechtspopulistische Identitätspolitik verlangt dann den Schutz und Vorrang der eigenen (nationalen) Lebensform, zu der Islam, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, Multikulti oder Transgender-Toiletten eben nicht passen. Sie reklamiert in Anlehnung an das Vokabular der postmodernen Linken für sich ein Recht auf Differenz, betont die Bedeutung von Identität, Zugehörigkeit und Anerkennung, behauptet aber die vorgeblich gewünschte Vielfalt der Kulturen nur durch Abschottung nach außen und Homogenisierung im Inneren sichern zu können.

früh hat Nancy Fraser auf ein der Identitätspolitik innewohnendes »Problem der Verdrängungen« aufmerksam gemacht.

Vor dem Hintergrund eines »hegemonalen Neoliberalismus« drohen an Geschlecht, Ethnie, Kultur, Religion oder sexueller Orientierung ausgerichtete »Kämpfe um Anerkennung« (Fraser 2002: S. 3) Fragen der Verteilungsgerechtigkeit zu verdrängen und damit ungewollt und unwissentlich neoliberaler Markt und Leistungsfixierung in die Hände zu spielen. Symptomatisch beispielsweise, wenn eine »Verteidigung der Identitätspolitik« in der Wochenzeitschrift »Die Zeit« feststellt, dass es »die Idee der Identitätspolitik war: zu zeigen, dass die Möglichkeiten des Einzelnen, in einer Gesellschaft erfolgreich zu sein, durch Eigenschaften bedingt werden, für die er nichts kann«, um dann zynisch bis arrogant hinzuzufügen: »Die sogenannten abgehängten Weißen, die genervt von linker Identitätspolitik Donald Trump wählten, zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie als Verlierer der Globalisierung ökonomische Privilegien und soziale Sicherheiten eingebüßt haben. Die

Botschaft die ihnen die Identitätspolitik zumutet (ist), dass sie ... als Weiße immer noch entscheidende Privilegien genießen«, welche sie womöglich auch »noch hergeben müssen« (Schmidt 2016).

Identitätspolitik übernimmt hier die marktglaubliche Logik des Neoliberalismus. Wenn nur erst die Vielfalt aller denkbaren Identitäten anerkannt ist – so die versteckte Botschaft des Artikels – und alle Diskriminierungen aufgrund von Rasse, Geschlecht usw. beseitigt sind, dann ist der Weg frei zur gerechten Gesellschaft in

pluralisierten »Risikogesellschaft« (U. Beck) Fragen der Identität, Zugehörigkeit und Anerkennung quer durch alle Gesellschaftsschichten an Bedeutung gewinnen.

Soziale Arbeit darf sich also zum Verbündeten der Identitätspolitik gesellschaftlich benachteiligter, ausgegrenzter Gruppen machen und muss sie bei ihrer Selbstermächtigung (Empowerment) unterstützen. Sie sollte sich dabei aber vor den Fallgruben der Identitätspolitik in Acht nehmen. Identitätspolitik kann – wie am Beispiel des Rechtspopulismus gezeigt – in

»Rechtspopulistischer Identitätspolitik nutzt die Argumentations- und Legitimationsstrategien linker Ideen«

der jede und jeder erfolgreich sein kann. In ihrem Eifer die Errungenschaften und fortdauernde Notwendigkeit von Identitätspolitik zu verteidigen, verkennt die Autorin offensichtlich, die dadurch entstehende unheilige Allianz mit einem auf Leistungsgerechtigkeit fixierten Neoliberalismus. Sie verdrängt offensichtlich, dass soziale Ungleichheit und Benachteiligung mit der Anerkennung unterschiedlichster Lebensweisen keineswegs verschwunden und Fragen der Verteilungsgerechtigkeit mit Blick auf Produktions- und Reproduktionsbedingungen in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht gelöst wären.

Genau hier findet der Rechtspopulismus seine Resonanz. Rechtspopulistische Identitätspolitik verspricht den sogenannten Modernisierungsverlieren, jenen Unnützen der neoliberalen Leistungsgesellschaft, den Minderleistern mit erschwertem Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt, nicht weniger als die karriere- und verdienstunabhängige Anerkennung über eine identitätsstiftende Volkszugehörigkeit und gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile und wohlfahrtsstaatliche Sicherung qua Abschottung gegenüber Fremden.

Und die Soziale Arbeit?

Menschen in ihrem Kampf um die Anerkennung ihrer Lebensweisen zu unterstützen, gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern und Zugangsbarrieren zu beseitigen, gehört fortdauernd zum Auftrag Sozialer Arbeit. Kommt hinzu, dass in unserer hoch individualisierten,

Ausgrenzung und Abwertung des Anderen, des Fremden umschlagen und in ihrer Fixierung auf Differenz und Besonderheiten der Lebensformen zur Blindheit gegenüber Verteilungsfragen führen.

Identitätspolitisch parteiliche Soziale Arbeit darf bei der Unterstützung von Identitätspolitik also einerseits nicht in die Falle der »Verdinglichung« (Fraser 2002: S. 6 f.) tappen und Gruppenidentitäten zu homogenen, widerspruchsfreien, in sich geschlossenen Einheiten stilisieren. Dies führt unweigerlich zu Ab- und Ausgrenzung, Intoleranz und Arroganz. Gleichzeitig darf Diversity als Handlungsprinzip Sozialer Arbeit auch nicht dazu führen, die Probleme sozialer Ungleichheit aus den Augen zu verlieren.

Es kann in der Sozialen Arbeit – entgegen der Vorstellungen des aktivierenden Sozialstaats – nie nur darum gehen, Zugangsbarrieren zu beseitigen, sondern es geht immer auch darum, Ressourcenarmut auszugleichen und ein Leben in Würde auch jenseits der Standards der Arbeitsgesellschaft zu ermöglichen.

Mit der gesellschaftlichen Anerkennung der Lebensform Alleinerziehend ist nichts gewonnen, wenn die Gesellschaft nicht für notwendige Ressourcenausstattung und entgegenkommende soziale Infrastruktur sorgt. Und wo blieben jene, die über kein zu (be)achtendes Identifikationsstiftendes Merkmal (weil ohne Migrationshintergrund, heterosexuell usw.) verfügen und dennoch ausgegrenzt, benachteiligt und verachtet (weil arm, bildungsfern, unangepasst usw.) sind?

Klientinnen und Klienten Sozialer Arbeit mangelt es in der Regel gleichermaßen an (materiellen) Ressourcen wie an Achtung und Respekt. Klientinnen und Klienten individuell bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlagen und der Verbesserung ihrer Zugangschancen (Arbeit, Bildung, Gesundheit usw.) zu unterstützen, ist deshalb ebenso wichtig wie die gruppen- und gemeinwesenbezogene Förderung von Zugehörigkeitschancen und identitätsstiftender Gemeinschaftlichkeit.

Soziale Arbeit kann ihr Handeln dabei an Nancy Frasers »zweidimensionale(m) Konzept der Gerechtigkeit« (ebd. S. 4) ausrichten, das die Verteilung von Gütern und soziale Achtung gleichermaßen im Blick behält. Ein solches »Statusmodell« (ebd. S. 7) folgt dem Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder als Bürgerinnen und Bürger. Es müssen also gleichzeitig die materiellen Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde gesichert und institutionalisierte kulturelle Wertehierarchien zugunsten eines gleichen Respekts für alle abgebaut werden. ■

Literatur



Betz, H.-G. 2002: Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: ÖZP, 31/3, S. 251-264 (download).

Frazer, N. 2002: Soziale Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft: Umverteilung, Anerkennung und Teilhabe, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft, Münster, S. 50-65 (Seitenangaben entsprechend download).

Goffman, E. 2010 (1974): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt am Main.

Lilla, M. 2016: The End of Identity Liberalism, The New York Times, 18. Nov. 2016 (download).

Mecheril, P./Plöber, M. 2015: Diversity und Soziale Arbeit, in: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit, München, Basel, S. 322-331.

Schmidt, M. 2016: Warum alle gleich sind, aber mache gleicher. Eine Verteidigung der Identitätspolitik, Die Zeit, Nr. 52, 15. Dez. 2016, S. 51.